

EGB-Aktionstag: Gewerkschaften fordern Sozialpakt

Europäische Verträge müssen soziale Fortschrittsklausel enthalten

Das Exekutiv-Komitee des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) hat in seiner Sitzung am 17. Oktober einen europaweiten Aktions- und Solidaritätstag festgelegt, der am 14. November 2012 stattfinden wird. Unter anderem mit Aktionen, Demonstrationen, Streiks werden sich die Europäischen Gewerkschaften hinter die Politik des EGB stellen und einen Sozialpakt für Europa fordern. Der EGB lehnt die strengen Sparmaßnahmen ab, die Europa in wirtschaftliche Stagnation oder sogar Rezession führen und die außerdem das Europäische Sozialmodell untergraben. Diese Maßnahmen sind weit davon entfernt, Vertrauen wieder herzustellen, im Gegenteil: Sie verstärken Ungleichgewicht und Ungerechtigkeit. Wirtschaftliche Stagnation und Rezession können nur gestoppt werden, wenn die strengen Budgetvorgaben gelockert und wenn die Ungleichheiten beseitigt werden. Ziel muss sein, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und sozialen Zusammenhalt zu erreichen, und die in der Grundrechtscharta festgeschriebenen Werte müssen respektiert werden.

Der Abbau von Staatsschulden hatte härtere Auswirkungen, als das die Institutionen ursprünglich angenommen hatten, einschließlich der Europäischen Kommission und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Der IWF gibt inzwischen selbst zu, dass er die Folgen der Sparpolitik auf das Wachstum grob fehlkalkuliert hatte. Diese Fehl kalkulation hat unermessliche Folgen für die Beschäftigten und die BürgerInnen, die der EGB vertritt, und sie stellt auch die gesamte Basis der Sparpolitik in Frage, die der Fiskalpakt und die EU-Troika vorschreiben.

Der EGB stellt wachsenden Widerstand bei BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen in den betroffenen Staaten fest. Er unterstützt daher die Protestmaßnahmen seiner Mitgliedsverbände für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen. Die derzeitige Lage ist eine Folge von fehlender Koordination der Wirtschaftspolitik und von fehlenden sozialen Mindeststandards in Europa. Im Zusammenhang mit der Freiheit des Kapitals in Europa ließ das dem Wettbewerb zwischen den Staaten freien Lauf, insbesondere was Steuern, Arbeitskosten und soziale Standards betrifft.

Der EGB beharrt darauf, dass sozialer Dialog und Kollektivverhandlungen der Kern des europäischen Sozialmodells sind. Er verwehrt sich strikt gegen den Angriff auf diese Rechte, auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene. Das EGB-Exekutivkomitee appelliert daher dringend, die Vereinbarung über die Europäische Sozialpartnerschaft umgehend anzunehmen und umzusetzen, noch vor dem Ratstreffen. Der EGB erinnert daran, dass die EU per Vertrag dazu verpflichtet ist, für die nachhaltige Entwicklung Europas zu arbeiten, basierend auf ausgewogenem Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft, mit dem Ziel der Vollbeschäftigung und des sozialen Fortschritts, und mit einem hohen Niveau was den Schutz und die Verbesserung der Qualität der Umwelt betrifft. Die Unterstützung des EGB für den Lissabon-Vertrag gründete sich auf die volle Umsetzung dieser Ziele.

Unter den Regierungen und Institutionen in der EU gibt es derzeit Diskussionen über Vertragsänderungen. Ein Kurswechsel ist dringend nötig, Vorrang muss dabei die Lösung der Krise haben und dabei die drei im EGB-Sozialpakt für Europa vorgeschlagenen Säulen enthalten: sozialer Dialog und Kollektivverhandlungen; Economic Governance für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung; Steuergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit. Solidarität, sozialer Fortschritt und demokratische Verlässlichkeit müssen ein wesentlicher Teil des Europäischen Projekts sein. Der EGB verlangt daher, dass eine soziale Fortschrittsklausel integraler Bestandteil jedes neuen EU-Vertrags sein muss. Jeder weitere Schritt in der Frage der Europäischen Integration wird vom EGB unter diesem Gesichtspunkt bewertet.